



# Wehrt euch, Bürger!

Wie die Europäische Zentralbank  
unser Europa zerstört

---

Markus C. Kerber

FBV

Markus C. Kerber

**WEHRT EUCH, BÜRGER!**

# Wehrt euch, Bürger!

Wie die Europäische Zentralbank  
unser Geld zerstört

---

Markus C. Kerber

FBV

**Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie. Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

**Für Fragen und Anregungen:**

[info@finanzbuchverlag.de](mailto:info@finanzbuchverlag.de)

1. Auflage 2015

© 2015 by FinanzBuch Verlag  
ein Imprint der Münchner Verlagsgruppe GmbH,  
Nymphenburger Straße 86  
D-80636 München  
Tel.: 089 651285-0  
Fax: 089 652096

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Umschlaggestaltung: Kristin Hoffmann, München  
Umschlagabbildung: iStock Foto  
Satz: Daniel Förster, Belgern  
Druck: CPI books GmbH, Leck  
Printed in Germany

ISBN Print 978-3-89879-925-6  
ISBN E-Book (PDF) 978-3-86248-763-9  
ISBN E-Book (EPUB, Mobi) 978-3-86248-764-6

*Weitere Informationen zum Verlag finden Sie unter*

[www.finanzbuchverlag.de](http://www.finanzbuchverlag.de)

# INHALT

	Vorwort.....	9
1. Kapitel	Der Aprilscherz .....	15
2. Kapitel	Wie weit geht die Macht der EZB? .....	25
3. Kapitel	Die Kosten des Nullzinsens. Oder: Die Enteignung der Sparer.....	37
4. Kapitel	Quantitative Easing: Vorspiel zum finanziellen Harmagedon? .....	51
5. Kapitel	Schafft die EZB die Marktwirtschaft ab?.....	67
6. Kapitel	Wie geht es weiter mit der EZB? .....	75
Epilog	Ohnmächtig in Richtung Kollaps oder offensiv für die Abwicklung der EZB?.....	81
	Anlage .....	109
	Über den Autor .....	121



*In respektvoller Erinnerung an Klaus Bölling (1928 – 2014),  
den Meister deutscher Sprachkunst.*





## VORWORT

Die Eurozone steht vor einer Zerreißprobe, die das Schicksal der europäischen Integration entscheidet: Wird die Europäische Währungsunion (EWU) eine Zone des Wachstums sein, die den ostasiatischen Produzenten Paroli bieten kann, oder wird sie zu einer Transfergemeinschaft, in der einige die Rechnung für viele zahlen müssen, so dass auch die momentan noch Starken ihre Konkurrenzfähigkeit verlieren? Wenn aufgrund zu hoher finanzieller Hilfezusagen dann auch ihre Staatspapiere die Bonität verlieren, kann selbst die unerschütterlichste Treue des Nordens für den Süden nichts mehr retten. Denn während in der EWU Megabeträge für die Pflege der Solidarität verloren gehen, setzen die globalen Wettbewerber vergleichbare Mittel für die Stärkung ihrer Leistungskraft ein. Für die Europäische Union stellt sich also die Frage: Bleibt sie global im Rennen, oder wird ihr still vergreisender Norden zum Sozialamt für den unhaltbar abrutschenden Süden, wo gleichwohl der Hass blüht, weil nicht noch mehr Geld kommt?

Bundeskanzlerin *Merkel* erkennt mittlerweile, dass sie angesichts des Griechenland-Debakels ihren Wählern diesen Kurs ökonomisch nicht mehr plausibel erklären kann. Man zieht zähneknirschend noch mit, um nicht als böser Deutscher dazustehen. Deshalb kommt von ihr immer weniger Widerstand gegen das Einreißen rechtlicher Schutzwälle um die Währungsstabilität. Auf dem Dezember-Gipfel 2011 konnte sie noch die Mehrheit der europäischen Partner – bis auf Großbritannien und die Tschechische Republik – von der

Implementierung einer Schuldenbremse in die nationalen Verfassungen nach deutschem Vorbild überzeugen. Auf dem März-Gipfel 2012 wurde dieser »Fiskalpakt«, obwohl nach dem Unionsrecht Einstimmigkeit erforderlich gewesen wäre, von lediglich 25 EU-Mitgliedstaaten als zwischenstaatliche Vereinbarung beschlossen. Da dieser rechtlich fragwürdige Ersatz für den gescheiterten Stabilitäts- und Wachstumspakt – abgesehen von den bestehenden Umsetzungsspielräumen für den nationalen Gesetzgeber – genügend Schlupflöcher enthält, um den Sanktionsmechanismen bei Verletzung der Stabilitätskriterien zu entkommen, ist der Weg in die »Verinigten Schuldenstaaten von Europa« keinesfalls abgewendet. Im Gegenteil: Die politischen Eliten verdrängen weiterhin die Ursachen, die zu dieser Situation geführt haben, und der französische EU-Kommissar für Währung und Finanzen *Moscovici* sorgt dafür, dass gerade für sein eigenes Land Stabilitätsregeln bis auf weiteres nicht mehr gelten. Wenn ein Staat wie Griechenland über Jahrzehnte seinen Wohlstand aus Schulden finanziert und auf deren Übernahme durch die Nachbarn spekuliert, erlischt die Zahlungsbereitschaft. Wenn das in weiteren Staaten Schule macht, verschwindet die Zahlungsfähigkeit.

Die EWU-Regierungen operieren wie die Häuptlinge von Stammesverbänden, die durch Wohlbefinden für alle die Loyalität unter Anverwandten aufrechterhalten müssen. Die Bürger in ihren Staaten aber müssen sich in Geschäftsbeziehungen bewähren, was eiserne Kontrakttreue voraussetzt. Sie verlieren den Mut, wenn man durch Überforderungen für Transferzahlungen ihre Fähigkeit zur wirtschaftlichen Vertragserfüllung gefährdet.

Obwohl auch der Lissabon-Vertrag *de lege lata* eine Vertiefung der Integration nur unter der Bedingung zulässt, dass »die Entscheidungen entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip möglichst bürgernah getroffen werden«, treibt die Kommission ihren Kurs der »tie-

feren, stärkeren Union« gegen den demokratischen Bürgerwillen voran. So darf der Gedanke eines möglichen Ausscheidens des einen oder anderen Eurolandes aus der gemeinsamen Währung kaum ausgesprochen werden. Wer die ökonomische Realität beim Namen nennt, wird als rückwärts gewandter Nationalist dem Rufmord preisgegeben.

Während die Politik vorgibt, die Eurozone in ihrer jetzigen Form mit hektischer Gipfeldiplomatie retten zu können, signalisieren die Märkte, wie sie sich die zukünftige Währungsunion vorstellen: Aus Sicht der Investoren gehört Griechenland mangels guter Sicherheiten für Eigenkapitale und Pfänder schon lange nicht mehr dazu. Auch in anderen Ländern wie Zypern fehlen die Vermögensvoraussetzungen für die Teilhabe an einer Hartwährungsgemeinschaft. Die europäische Kulturgrenze unterschiedlicher Währungs-Philosophien ist Jahrhunderte alt und tief im Bewusstsein der Bevölkerungen verankert. Die Handlungsmaxime der Nordschiene lautet: Erstklassige Besicherung von Geld und Kredit, um Währungsstabilität für Investitionen zu erlangen, die ja zurückzahlende Schulden sind. In der Südschiene werden die Mittel für öffentliche Ausgaben durch die Zulassung schlecht bedienbarer Staatstitel als Pfänder bei den Zentralbanken beschafft. Dafür wird der dauernde Verfall der Währung durch verschlechterte Wechselkurse hingenommen.

Die strikten Sparvorschriften der rechtlich bindenden europäischen Verträge bedeuten für die Völker der Weichwährungsländer einen schmerzlichen Einschnitt in ihre bisherige Lebensweise – ihr Protest ist daher nachvollziehbar. In den Ländern der Hartwährungszone dagegen wird die Inflation als Diebstahl am kleinen Mann gefürchtet. Dabei ist der Umbau der EWU zu einem Verbund lediglich solcher Zentralbanken, die bei Eigenkapitalen und Kollateralen absolut gleiche Standards einhalten können, keineswegs das Ende des Euro. Die EZB jedoch, momentan Feuerwehr in einem brennenden

Haus, hat sich mit ihrer seit Mai 2010 geübten Praxis des Anleihekaufs sowie der Aussetzung der Bonitätsschwellenwerte für griechische, irische und portugiesische Staatsanleihen, und schließlich mit dem OMT-Programm sowie dem QE auf ein Terrain begeben, das weit außerhalb ihres rechtlichen Mandates liegt. Der EZB-Präsident *Draghi* hat seit seinem ersten Arbeitstag diese Politik bestätigt und ausgeweitet.

Die EZB wird vom *lender of last resort* gegen höheren Zins und erstklassige Sicherheiten zum Nullzinsverborger sowie zum *buyer of last resort* von Staatspapieren, die auf den Märkten zum Nennwert nicht verkäuflich sind. Sie genehmigt die Geldschöpfung Griechenlands durch immer neue ELA-Kredite. Diese Rechtsbrüche, die selbst Repräsentanten der Bundesbank mutig offenbart haben, ereignen sich permanent, also im Fortsetzungszusammenhang. Sie sind auch *ultra vires*, denn das geldpolitische Mandat der EZB zielt auf Preisstabilität. Mit ihren seit bereits fünf Jahren gepflegten »temporären« Maßnahmen betreibt die EZB aber Fiskalpolitik, also nicht die Versorgung von leistungsfähigen Kreditnehmern, sondern von nichtleistenden Finanzministern. Das erkennt auch das Bundesverfassungsgericht.

Zudem verfälscht die EZB die Kapitalmärkte, weil sie Ramschpapiere hochpreis, für die es ansonsten Käufer nicht gäbe. Sie verschleiert damit den viel niedrigeren Realpreis. Auf diesen aber müssen am Ende die verbuchten Positionen herunterkorrigiert werden. Das bewirkt Massenbankrotte, weil die jetzt überpreisten Staatspapiere in den Eigenkapitalen zahlreicher Zentralbanken, Geschäftsbanken, aber auch großer Firmen stecken. Gegen diese flächendeckende Auslöschung von Eigenkapitalen ist der jetzt so gefürchtete Grexit ein laues Lüftchen, nach dem man sich bald zurücksehnen wird. Die Staaten-Gemeinschaft zerbricht dann schnell und chaotisch, weil auch die Retter Atemnot bekommen und panisch die sie immer weiter wür-

genden Fremdlasten abwerfen wollen. Gewiss ahnungslos, aber doch mit unheimlicher Stetigkeit arbeiten die Schnürer all der Pakete mit den nördlichen Rettungs-Billionen am Untergang der Europäischen Union. Dagegen sind es gerade die als Reaktionäre verleumdete Kritiker, deren Vorschläge für eine Heilung der Währung auch politischen Groß-Allianzen innerhalb der Alten Welt wieder eine Zukunftsperspektive verschaffen.

*Prof. Dr. Dr. Gunnar Heinsohn*<sup>1</sup>

---

1 Gunnar Heinsohn begründete mit Otto Steiger die Eigentumsökonomie, vgl. Heinsohn/Steiger, *Ownership Economics: On the Foundations of Interest, Money, Markets, Business Cycles and Economic Development* (Routledge of Political Economy) edited by Frank Decker, London 2013.